



FrauenLand Brandenburg?!

**Das Abschlussplenum
der 14. Brandenburgischen Frauenwoche
- eine Dokumentation**

Altes Rathaus Potsdam - 22. März 2004

FrauenLand Brandenburg?!

**Das Abschlussplenum
der 14. Brandenburgischen Frauenwoche
- eine Dokumentation**

Altes Rathaus Potsdam - 22. März 2004



Seite 4	Grußwort von Ministerin Johanna Wanka
Seite 6	Einleitung FrauenLeben im Land Brandenburg
Seite 8	Zeigen Sie Frauenpower! Rede von Ministerpräsident Matthias Platzeck
Seite 11/21	B E I T R Ä G E Z U M F R A U E N P L E N U M
Seite 11	Einmischung und Druck sind der einzige Weg Brigitte Triems, Vorstandsmitglied des Deutschen Frauenrates, Vorsitzende des dfb e.V.
Seite 16	Frage nicht den Frosch... Petra Torjus, kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Neuruppin
Seite 19	Was seit den 90er Jahren blieb Ulrike Häfner, Projektleiterin der KuKMA
Seite 22	Ein Platz im Call-Center oder der Ministerinnensessel? Margret Schlüter, Landesgleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg
Seite 23	Forderungen an die Landesregierung
Seite 24	Aktionsmappe zur Vorbereitung der 15. Brandenburgischen Frauenwoche
Seite 27	Kontaktadressen





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die vorliegende Publikation empfehle ich Frauen und Männern sehr zur Lektüre. Der Frauenpolitische Rat im Land Brandenburg hat sie herausgegeben und konfrontiert uns alle schwarz auf weiß mit der Frage, ob Brandenburg ein Land ist und sein wird, in dem Frauen gut und gerne leben können.

Sich dieser Frage zu stellen ist schon deshalb zwingend, weil wir dem Trend zur Abwanderung vor allem junger Frauen zwischen 20 und 30 entgegenwirken müssen. Das Land Brandenburg ist laut Verfassung verpflichtet, für die Gleichstellung von Frau und Mann Sorge zu tragen. Das Land – das sind wir. Und was zu tun ist, wissen wir.

In meinem Verantwortungsbereich, der Wissenschaft, der Forschung und der Kultur, sieht es auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus. In dem im Mai diesen Jahres veröffentlichten Bericht „Frauen und Kultur II“ des Deutschen Kulturrates gehört das Land Brandenburg zu den sechs Bundesländern mit der häufigsten Frauenbeteiligung in den einzelnen Kultursparten. Wir können auf das Ergebnis stolz sein und sollten in der Zukunft mit unserer Politik so fortfahren.

Auch in der brandenburgischen Wissenschaft und Forschung haben wir bereits vieles erreicht. Das betrifft strukturelle Aspekte wie gesetzliche Regelungen im Brandenburgischen Hochschulgesetz zur Frauenförderung und zur Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen, aber auch die gezielte individuelle Unterstützung von Frauen an Hochschulen und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit Förderprogrammen. Beim Anteil der

weiblichen Professoren lag das Land Brandenburg 2001 mit 17,3 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 11,2 Prozent und an der Spitze aller anderen Bundesländer. Dennoch ist das Erreichte natürlich bei weitem nicht zufriedenstellend.

Es fehlen vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften Professorinnen, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, Studentinnen. Der sich abzeichnende Nachwuchskräftemangel in männerdominierten Berufsfeldern sowie der bevorstehende Generationswechsel bei Führungskräften und Hochschullehrern im Wissenschaftsbereich bieten in den nächsten Jahren die Chance, das gravierende Ungleichgewicht der Geschlechter bei Führungspositionen und in bestimmten Fächern in der Wissenschaft zu verringern. Allerdings muss man sich auch der Grenzen einer solchen Politik bewusst sein: So kann und sollte ein weibliches Interesse an Technik und Naturwissenschaften gefördert, jedoch nicht erzwungen werden.

Generell sollte allen Akademikerinnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden. Noch liegt der Anteil der kinderlosen Akademikerinnen im Alter von 35 bis 39 in Ostdeutschland mit 16 bis 17 Prozent sehr viel niedriger als in Westdeutschland – dort sind es bereits 40 Prozent. Doch auch bei uns hat sich dieser Anteil überdurchschnittlich erhöht. Dieser Entwicklung müssen alle Akteure gemeinsam durch geeignete Maßnahmen wie Kinderbetreuungsangebote, familienfreundliche Arbeitszeiten, Kontakt zum Arbeitsplatz während der Erziehungsphase usw. entgegenwirken.

Für eine dynamische Entwicklung unserer Gesellschaft in allen Lebensbereichen ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen unverzichtbar. Wäre es nicht schön und zu unser aller Wohl, wenn Brandenburg in nicht allzu ferner Zukunft mit dem Standortvorteil umfassend verwirklichte Chancengleichheit von Frauen und Männern werben könnte?

Prof. Dr. Johanna Wanka
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
des Landes Brandenburg

Einleitung

FrauenLeben im Land Brandenburg

Sarah ist auf dem Weg nach Hause. Unterwegs kommt sie an einem Infostand vorbei; Frauen drücken ihr eine Broschüre in die Hand. Sarah setzt sich auf eine Bank und liest:

50,6% der Bevölkerung Brandenburgs sind Frauen.

Aha, denkt Sarah, wir sind also die Mehrheit! Und wie leben Frauen im Land Brandenburg?

36 m² werden durchschnittlich pro Person bewohnt.

Sarah lebt mit ihrer Tochter zusammen – aber auf weit weniger als 72 m². Also müssen andere mehr haben! Wie viele der 26,9% Alleinerziehenden können sich eine angemessene Wohnung leisten? Das hat ja auch etwas mit dem Verdienst zu tun.

25% weniger Einkommen

Das ist eine ganze Menge, rechnet Sarah nach. Wenn ER 1000 Euro verdient, hat SIE 750 Euro. Und das auch nur bei voller Berufstätigkeit. Mit kleinen Kindern ist das gar nicht so leicht. Und erst mal muss sie überhaupt Arbeit haben.

48% aller erwerbstätigen Frauen sind erwerbslos

Bei dieser Zahl sind Sozialhilfeempfängerinnen, Hausfrauen und Frauen im Vorruhestand nicht mitgerechnet. Schöne Aussichten denkt Sarah bitter. Auch für ihre Tochter. Was gibt es für Alternativen?

6,9% aller erwerbstätigen Frauen sind selbstständige

Das ist nicht gerade überwältigend. Aber es hängen ja auch viele Risiken und formale Hürden dran. Frauen sind seltener Einzelkämpferinnen, sie arbeiten eher beim Partner oder in Familienunternehmen mit. Oft genug wird ihnen auch der Wind aus den Segeln genommen: Unternehmensgründung sei Sache von Männern! Und die finanziellen Rücklagen, die es für den Sprung in die Selbständigkeit braucht – da sieht es bei ihnen ebenfalls schlechter aus.

62,8% Abwanderung

In den letzten fünf Jahren verließen 47.000 der 15- bis unter 20-Jährigen Mädchen das Land Brandenburg. 16.400 der 20- bis unter 25-jährigen jungen Frauen gingen eben-

falls gen Westen. Nicht unbedingt freiwillig – sie mussten dies wegen einer Ausbildungsmöglichkeit oder einem Job tun. Auch die potenziellen Mütter im Alter von 25- bis unter 30 Jahren ziehen fort. Sarah kann das keiner verdenken. Sie würde es wohl nicht anders machen und ihre Tochter überlegt auch schon. Lena ist inzwischen 17 Jahre alt. Sarah ist stolz auf ihre Tochter: Sie ist gut in der Schule.

1,2% bessere Leistungen von Mädchen

Die Schulabschlüsse von Mädchen liegen über dem Notendurchschnitt der Jungen. Aber haben sie dadurch bessere Möglichkeiten? Sarah weiß es aus eigener Erfahrung: Mädchen müssen sehr viel mehr leisten, um im Beruf gleiche Chancen zu bekommen.

58% Gymnasiastinnen

Lena gehört zu den 51% Abiturentinnen, die studieren wollen. Sarah macht sich heute schon Sorgen, ob sie dafür Studiengebühren zahlen muss. Noch weiß Lena nicht so recht, für welches Fach sie sich entscheiden soll.

10 traditionelle Berufsbilder

Von 360 verschiedenen Berufsbildern entscheiden sich junge Frauen immer noch für zehn Berufsgruppen. Typische Frauenberufe eben. Und die werden bis heute schlechter bezahlt, bedeuten wenig gesellschaftliche Anerkennung und Karrierechancen für die Zukunft.

36% finden ihren Traumberuf

Sarah und ihre Tochter Lena haben sich bereits viele Gedanken gemacht, was wohl ein interessanter und zukunftsfähiger Beruf sei. Irgendwas mit Informationstechnologien würde sich wohl anbieten. Dazu hat Lena aber keine Lust. Ihr sollen Studium und künftiger Beruf Spaß machen. Lena will sich im Mädchentreff beraten lassen.

50% Kürzungen

Daraus wird nichts. Den Mädchentreff gibt's nicht mehr. Wie viele andere auch fiel er dem Sparzwang zum Opfer. 25% der Frauen- und Familienförderung wurden im letzten Jahr gestrichen. Am Ende des Jahres 2004 wird es in diesem Bereich 600 ABM/SAM Personalstellen weniger geben.

Sehe ich zu schwarz? fragt sich Sarah. Wie soll das bloß weiter gehen?

2020 sind nur noch 11% jünger als 15 Jahre

Wenn das so weiter geht, wird aus Brandenburg und den anderen neuen Bundesländern bald das größte Altenheim Europas. Was wird dann aus Frauen, die anders leben und weder Kinder noch Familie haben?

8-10% Lesben

Sarah konnte in der Broschüre nur eine geschätzte Zahl der in Brandenburg lebenden Lesben finden, Statistiken gibt es nicht. Eigentlich gibt kaum noch Eigenes für sie. Sämtliche Unterstützungsformen zur Förderung kultureller und gesellschaftlicher Akzeptanz Anderslebender wurden mangels Finanzierungsmöglichkeiten eingestellt.

80,7 Jahre beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung einer Frau in Brandenburg

Bei den Gedanken an ihre Altersvorsorge kriegt Sarah ein mulmiges Gefühl. Wird mein Einkommen je reichen, um eine auskömmliche Rente zu beziehen?

46% aller erwerbstätige Frauen sind berufsunfähig

Sarah weiß, dass in dieser Zahl geringfügig arbeitende Frauen mitgerechnet werden und sie weiß auch, dass eine große Gruppe der Frauen monatlich mit 500-700 Euro auskommen muss. Frauen mit Kindern gehören zur Personengruppe mit dem höchsten Armutsrisiko. Hier muss doch eigentlich die Politik steuernd eingreifen und für mehr Gerechtigkeit sorgen!

Professionelle Politik wird zu 30 % von Frauen mitbestimmt

Sarah liest in der Broschüre, dass diese Zahl seit den Kommunalwahlen 2003 gesunken ist. 155 Sitze haben Frauen inne, dies entspricht 22,5 % der 510 Sitze. Doch was tun sie für die Gleichberechtigung? Soll Sarah damit zufrieden sein, das wenigstens Polizistinnen in Brandenburg ihren Arbeitsplatz sicher haben?

100% Sicherheit?

Die Frauen in Brandenburg sollten sich angeblich sicher fühlen. Dafür gibt das Innenministerium ja auch viel Geld

aus. Aber wie sieht es in den Familien aus? Die Zahlen aus den Frauenhäusern sprechen eine deutliche Sprache. 800 Frauen und ebenso viele Kinder suchen jährlich Schutz im Frauenhaus, trotz Gewaltschutzgesetz. Sarah ist sich sicher, dass die Dunkelziffer um einiges höher ist. Wie viele Opfer fliehen zu FreundInnen und Angehörigen oder bleiben in entwürdigenden Verhältnissen.

Sarah wird beim Lesen immer nachdenklicher. Ist Brandenburg ein Land, in dem Frauen gerne und gut aufgehoben leben? Was wird mit Lena? Was wird mit all den anderen Frauen, die ebenso unzufrieden sind?

Sarah wird mit Lena mädchen- und frauenpolitische Veranstaltungen besuchen. Sie will Gleichgesinnte treffen. Noch hat sie Hoffnung: Gemeinsam sind wir stark und können die Welt aus den Angeln heben!

Quellenangaben:

3. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung – Aufwachsen im Land Brandenburg.2003

ISA: Betrifft Mädchen, Gute Noten, schlechte Noten – Mädchen und Schule. Heft 2/1999

ISA: Betrifft Mädchen, Macht sie mächtig!? – Mädchen und Partizipation. Heft 01/2003

ISA: Betrifft Mädchen, Weiteres Beruferaten – Lebens- und Berufsplanung von Mädchen. Heft 2/2003

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Land Brandenburg: Daten + Analysen, Frauen in Brandenburg. Heft 2/2003

Statistik Brandenburgischer Frauenhäuser. 2002

Universität Dortmund: Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Brandenburg, 2002

www.wahlen.brandenburg.de

www.lks-brandenburg.de

Zeigen Sie Frauenpower!

Brandenburg braucht mehr „machthungrige“ Frauen

Am 8. März eines jeden Jahres fordern Frauen öffentlichkeitswirksam ihre Rechte ein. Zum ersten Frauentag 1911 kamen in Dänemark, Österreich, Schweden, der Schweiz, Deutschland und in den USA Frauen zu Demonstrationen und Versammlungen zusammen. Im Mittelpunkt stand damals die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen. Seitdem orientieren sich die Forderungen in jedem Jahr an der aktuellen politischen Lage des einzelnen Landes. Es geht nach wie vor um Gleichstellung und um den Kampf gegen Diskriminierung. *Es ist zwar absurd, dass in einer Gesellschaft die Mehrheit um Gleichstellung kämpfen muss, aber offensichtlich ist es so.* Dabei hat sich für Frauen in jüngster Zeit politisch viel getan.

Auch wenn es derzeit nicht sonderlich populär ist, die Arbeitsergebnisse der Bundesregierung anzuführen, tue ich es doch in der gebotenen Kürze. Frauen- und familienpolitisch kann sich hier einiges sehen lassen. Ein flexibel anwendbares Elternzeitgesetz, ein frauenfreundliches Betriebsverfassungsgesetz, der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, das Gewaltschutzgesetz, das Frauen vor Peinigern schützt, ein Rentenrecht, das auch nichterwerbstätige Mütter besonders begünstigt, zählen zu den frauen- und gleichstellungspolitischen Leistungen. Ein Verdienst der laufenden Amtszeit dieser Bundesregierung ist u. a. das Ganztagschulprogramm.

Auch wir in Brandenburg sind nicht untätig in Sachen Gleichstellungs- und Frauenpolitik. Mit dem neuen Ganztagschulprogramm des Bundes, aus dem Brandenburg insgesamt 130 Millionen Euro zur Verfügung stehen, wird unsere bisherige Ganztagschulstruktur erweitert. Ziel ist eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulangeboten. Die Ganztagschule schafft einen verlässlichen und verbindlichen zeitlichen Rahmen für Unterricht und außerunterrichtliche Angebote. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von Familien und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere natürlich für Mütter. Die Landesregierung versucht durch mehrere Programme zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beizutragen. Ein Beispiel ist der Ideenwettbewerb „Chancengleichheit für Familie und Erwerbstätigkeit“. Brandenburg belegt bei der Versorgung mit Kita-Plätzen im bundesdeutschen Vergleich einen Spitzenplatz. Darauf sind wir stolz -



Matthias Platzeck, geboren 1953, ist Diplomingenieur für biomedizinische Kybernetik. Zusätzlich absolvierte er ein Studium der Umwelthygiene. In der Wendezeit ging er in die Politik und ist seit Juni 2002 Ministerpräsident von Brandenburg. Er ist geschieden und hat drei Kinder.

auch wenn aus den alten Ländern immer wieder Stimmen zu vernehmen sind, dass wir es uns eigentlich gar nicht leisten können. Wir leisten es uns - und dabei wird es auch bleiben!

Es gibt ideenreiche Programme, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen oder im Bereich der Selbstständigen zu erhöhen. Hierzu gehören Lotsendienste für Selbstständige, das INNO-PUNKT-Projekt „Frauen in IT-Berufen“ sowie der Wettbewerb „Unternehmerin des Jahres“, der vor allem darauf zielt, das öffentliche Bewusstsein zu verändern.

Also alles bestens? Leider keineswegs: Frauen sind nach wie vor in Führungspositionen unterrepräsentiert, erhalten noch immer weniger Lohn für gleiche Arbeit, noch immer fehlt es an Chancengleichheit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sie haben die schlechter bezahlten Jobs, sie sind wesentlich häufiger ungewollt in Teilzeit beschäftigt und sie erwerben hierdurch geringere Rentenansprüche. Und warum? Weil sie Frauen sind und identische Leistungen noch nicht den gleichen Wert haben.

Die skizzierten gesetzgeberischen und politischen Schritte gehen alle in die richtige Richtung. Der Weg muss und wird weiter beschritten werden. Es gibt noch viel zu tun.

Ein Beispiel für bestehende Diskriminierung ist die Un-

Zeigen Sie Frauenpower!

Brandenburg braucht mehr „machthungrige“ Frauen

gleichbehandlung von Frauen durch die Versicherungswirtschaft. Sie differenziert bei den Beitragszahlungen zu den sogenannten Riester-Renten nach Geschlecht - zum Nachteil der Frauen. Brandenburg hat sich in der Bundesrats-Debatte erfolgreich für eine Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Riester-Rente eingesetzt. Die Landesregierung wird auf die zügige Umsetzung der Initiative zu „Unisex-Versicherungstarifen“ drängen.

In der vergangenen Woche hat die Landesregierung den Entwurf einer Änderung des Polizeigesetzes beschlossen. Danach soll die Polizei die Befugnis erhalten, bei häuslicher Gewalt zum Schutze des Opfers eine Person aus der Wohnung zu verweisen und ihr vorübergehend die Rückkehr in die Wohnung zu verbieten. Mit dieser Rechtsänderung und ihrer Anwendung wird deutlich signalisiert, dass die Gesellschaft häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder keinesfalls als interne Familienangelegenheit ansieht, sondern dass Gewalt auch im engsten Familienbereich nicht toleriert wird. Die Landesregierung hat sich auf „ihre Fahnen geschrieben“, das öffentliche Bewusstsein für diese Probleme weiter zu schärfen. Vor zwei Jahren wurde ein umfassender Aktionsplan zur Bekämpfung dieser häuslichen Gewalt gestartet. Zielrichtung ist die Aufklärung und Prävention. Mir ist die Unterstützung persönlich ein sehr wichtiges Anliegen. ***Wir müssen auch weiterhin auf die Gewalt hinter den Wohnungstüren aufmerksam machen. Nicht die Opfer müssen weichen, sondern die Täter!***

In den letzten Monaten ist viel von der demografischen Entwicklung des Landes die Rede. Der jüngst dem Landtag vorgelegte Bericht der Landesregierung weist aus, dass die zurückgehende Bevölkerungszahl für die Zukunft eine erhebliche politische Herausforderung darstellt. Einer der Faktoren, die den tiefgreifenden demografischen Wandel bewirken, ist die deutschlandweit niedrige, in Ostdeutschland und auch in Brandenburg seit der Wende besonders niedrige Geburtenrate bei zugleich zunehmender Alterung der Gesellschaft. Wir haben in Brandenburg gegenwärtig eine Geburtenrate von nur 1,2 Kindern je Frau. Die viel zu geringe Zahl von Kindern - statistisch betrachtet wären 2,1 Kinder je Frau für den Ersatz einer Elterngeneration notwendig - bringt den Sozialstaat aus der Balance und hat in den nächsten 50 Jahren schwer zu bewältigende Folgen für

die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Die überdurchschnittliche Abwanderung der jungen Erwachsenen, und dabei insbesondere die der jungen Frauen, ist dabei die Hauptursache. In den 90er Jahren konnte Brandenburg in nahezu jeder Altersgruppe einen Wanderungsüberschuss erzielen. Die Ausnahme bildet leider die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen.

Es verließen etwa 16.000 junge Männer und 29.000 junge Frauen mehr das Land als durch Zuzug nach Brandenburg kamen.

Über diesen Punkt müssen wir uns Gedanken machen. Dabei geht es mir nicht um eine Rückwendung zu bevölkerungspolitischen Konzepten alter Prägung. Wir müssen diesen Frauen Perspektiven bieten, wir müssen Benachteiligungen und Hindernisse abbauen, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Kindern und Karriere entgegen wirken.

Nach wie vor ist der Wunsch nach einem Kind oder mehreren stark ausgeprägt. Nach wie vor wünschen sich die meisten jungen Frauen ein Kind. Zwei Kinder halten die meisten für ideal. Es bedarf also mehr Ermutigung zu einem Leben mit Kindern.

Natürlich, junge Leute brauchen in erster Linie eine positive Arbeitsmarktperspektive. Ohne Arbeitsplatz, ohne sicheres Einkommen wird der bestehende Kinderwunsch zurückgestellt. Die Fortsetzung des Aufbaus einer starken zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur ist das alles überragende Ziel der Landesregierung. Nur starke Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Auf die vielfältigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von Land und Bund will ich hier im Detail nicht eingehen. Brandenburg muss als Wirtschaftsstandort noch viel besser werden. Ich gehe davon aus, dass sich die bereits jetzt eingeleiteten Maßnahmen in absehbarer Zeit positiv auswirken. Unsere mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Aussichten sind gut.

Es geht auch um einen mentalen Wandel in unserer Gesellschaft. Die überall gepriesene und überhöhte Vorstellung von einem individuellen Lebensstil und der freien Entfaltung der Persönlichkeit scheint dem Leben mit Kindern entgegen zu stehen. ***Eine gesellschaftliche Klimaveränderung zugunsten von Kindern und Familien muss kommen. Sie muss offensiv getragen werden von der Politik, der Wirtschaft und den Betrieben und den Kommunen.***

Der Gestaltung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, die

Zeigen Sie Frauenpower!

Brandenburg braucht mehr „machthungrige“ Frauen

auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wesentliches Gestaltungselement einschließt, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Natürlich gehört dazu auch, dass Kinder nicht länger ein Armutsrisiko darstellen. Notwendige Voraussetzung dafür ist die gerechte Besteuerung von Familien und ein angemessener Familienlastenausgleich durch Kindergeld und Erziehungsgeld. Es ist schon vieles verbessert worden in den letzten Jahren. Es reicht aber noch längst nicht. Im westeuropäischen Vergleich steht Deutschland noch nicht gut da.

Familie ist die Sache aller. Junge Menschen müssen in ihrem Umfeld erfahren, dass Kinder erwünscht sind. Kinderlärm muss wie selbstverständlich dazu gehören. **Unser Ziel ist es, dass Brandenburg ein familienfreundliches Land wird.** Deshalb gilt: Frauen- und Familienpolitik muss in Zukunft viel stärker als bisher als Querschnittspolitik das gesellschaftspolitische Arbeitsfeld Nummer eins auf allen politischen Ebenen werden. Dies ist lebensnotwendig für die Gesellschaft und das Land Brandenburg.

Frauen sind in Führungspositionen immer noch unterrepräsentiert. So sitzen nur sieben Prozent in politischen Entscheidungsgremien. In den Führungsetagen der Wirtschaft sind es gar nur drei Prozent.

Dabei werden Frauen als Managerinnen oftmals unterschätzt. Ich will dazu ein Beispiel anführen: In ihren Motiven, ein Unternehmen zu gründen, unterscheiden sich Männer und Frauen kaum voneinander. Allerdings, und das wird vielleicht doch die eine oder andere von Ihnen überraschen, gründen Frauen risikofreudiger als Männer. **Fast 70 Prozent der Existenzgründerinnen wählen das Einzelunternehmen - also volle Haftung und volles Risiko.** Das wagen nur 57 Prozent der Männer. In der sicheren Rechtsform der GmbH dagegen gründen 25 Prozent der Männer und nur 13 Prozent der Frauen*.

Der höheren Risikobereitschaft setzen Frauen größte Vorsicht bei Krediten entgegen. Sie rechnen lieber einmal öfter oder warten, bis das Unternehmen die ersten Durststrecken überwunden hat, ehe sie eine größere Geldmenge bei der Bank aufnehmen. Diese Vorsicht hat nichts mit Ängstlichkeit zu tun. Im Gegenteil. Es scheitern doppelt so viele Existenzgründer wie Existenzgründerinnen.

Diejenigen bei den Banken und Verwaltungen, die Frauen als Unternehmerinnen gegenüber Vorurteile haben, müssen sich das vorhalten lassen. Wo immer wir auf solche Er-

scheinungen treffen, müssen wir dagegen vorgehen. Es kostet kein Geld, bedarf nur eines Umdenkens.

Die Kandidatur der Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Prof. Dr. Gesine Schwan für das Amt des Bundespräsidenten beweist, dass auch für die höchsten Aufgaben im Land qualifizierte Frauen bereit stehen. Gesine Schwan ist eine hochkompetente europäische Persönlichkeit; ihre Wahl zur Bundespräsidentin könnte ein gleichstellungspolitisches Signal über die Grenzen Deutschlands hinaus bedeuten. „Die Sozialdemokraten stellen dann eine Frau auf, wenn sie keine Chance hat“ - höre ich die Kritikerinnen der Nominierung sagen. Und: „Schon vor fünf Jahren hätte eine Frau Bundespräsidentin werden können!“ Personalentscheidungen sind Machtfragen. Entscheidend ist, welcher Kandidat/ welche Kandidatin die Aussicht hat, die meisten Stimmen auf sich zu vereinen. Mit Johannes Rau ist es gelungen. Diesmal hat Schwarz-Gelb die Mehrheit in der Bundesversammlung. Es ist für mich noch lange nicht entschieden, dass ihr Kandidat Bundespräsident wird. Die Zeit ist reif für eine Frau im höchsten Amt. Die Sozialdemokraten haben sich für eine Frau entschieden. Sollte Gesine Schwan von der Bundesversammlung nicht gewählt werden, befürworte ich schon jetzt die Nominierung einer Frau für die übernächste Wahl.

Nur mit mehr Einfluss in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien werden Frauen ihren Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe und Entwicklungsmöglichkeiten in allen Bereichen auch wirklich durchsetzen können. Ich will Sie dazu ermutigen. Wir brauchen auch in Brandenburg mehr „machthungrige“ Frauen.

Natürlich tun sich die meisten Männer schwer damit, Macht abzugeben und Frauen in ihre Domänen einziehen zu lassen. Das beobachte ich auch auf der politischen Bühne. Es ist aber so: Die Männer werden sich damit abfinden müssen!

Ich kann Sie an dieser Stelle nur nochmals dazu ermutigen: Bringen Sie Ihre kreativen Ideen ein, mischen Sie sich ein, zeigen Sie Frauenpower!

* Zahlen aus dem Jahr 2003

Brigitte Triems, Vorstandsmitglied des Dt. Frauenrates, Vorsitzende des dfb e.V.

Einmischung und Druck sind der einzige Weg

Gedanken zur Lage der Frauen in Deutschland



Brigitte Triems, geb. 1940, ist Diplom-Dolmetscherin und Politikwissenschaftlerin. Seit 1994 ist sie Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V. und seit 2002 Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat. Sie ist verwitwet und hat zwei Töchter.

Der berühmte irische Dichter Oscar Wilde hat einmal gesagt: „Der wachsende Einfluss der Frauen ist das einzig Beruhigende an unserem politischen Leben“. Wir schön wäre es, könnten wir diese Feststellung hier und heute auch treffen. Wir alle wissen aber, dass dies nicht der Fall ist.

Vor nunmehr fast dreißig Jahren erklärte die UNO das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau. Es war eine Initiative von internationalen Frauenverbänden, die die Vereinten Nationen zu diesem Schritt veranlasst hatte. Viele von uns, die dieses Jahr miterlebt haben, wissen, mit welchen Erwartungen und mit wie viel Hoffnung es verbunden war. Es sollte der Auftakt für bedeutende Ereignisse werden, die Frauen in der ganzen Welt betreffen. Ende 1975 beschloss die UNO, die Jahre von 1976 bis 1985 zur Dekade für die Frau zu erklären und mit der Zielsetzung „Gleichberechtigung - Entwicklung - Frieden“ weltweit einen großen Schritt bei der Umsetzung der Gleichstellung voranzukommen. 1977 griff die UNO die Tradition des Internationalen Frauentages auf und erklärte ihn offiziell zum UN-Tag für Frauenrechte und Internationalen Frieden. Auf den Weltfrauenkonferenzen in Mexiko, Kopenhagen, Nairobi und Peking wurden wichtige Dokumente angenommen, die zum einen die Ursachen für die Ungleichheiten zwischen Frau und

Mann auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens deutlich machten und zum anderen die Regierungen in allen Kontinenten der Erde aufforderten, Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung und der Gleichstellung von Frauen einzuleiten und durchzuführen.

Das zweifellos bedeutendste Ereignis während dieser Dekade war die Annahme des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) im Dezember 1979 - des einzigen völkerrechtsverbindlichen Dokumentes auf dem Gebiet der Frauenrechte. Es wurde von der DDR 1980 und von der Bundesrepublik Deutschland 1985 ratifiziert und hat somit für Deutschland rechtsverbindlichen Charakter. Das Übereinkommen verlangt von den Unterzeichnerstaaten vor allem, dass sie Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen von Frauen im gesellschaftlichen und im privaten Bereich bekämpfen. **Bis zur Verwirklichung der Gleichstellung müssen - so sieht es das Übereinkommen vor - von den Regierungen auch Maßnahmen ergriffen werden, die positiv diskriminieren und einseitig Frauen begünstigen.** Ziel des Übereinkommens ist nicht die formelle Gleichheit von Frau und Mann, sondern deren tatsächliche Gleichstellung. Damit liegt auch dann ein Verstoß gegen das Übereinkommen vor, wenn ein Gesetz zwar geschlechtsneutral formuliert ist, sich seine sozialen Effekte aber zum Nachteil von Frauen auswirken.

Entsprechend einer Regelung im Übereinkommen sind alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, einem von der UNO eingesetzten Ausschuss alle vier Jahre Bericht zu erstatten. Der Ausschuss überprüft und bewertet die Einhaltung des Übereinkommens und den Fortgang der innerstaatlichen Politik in Bezug auf Frauendiskriminierung und unterbreitet Vorschläge für künftige Maßnahmen.

Die Bundesregierung legte im vergangenen Jahr ihren fünften Bericht vor. Dieser Bericht widerspiegelt an keiner Stelle die Probleme und Schwierigkeiten, mit denen Frauen im heutigen Deutschland zu kämpfen haben. Dazu kommt, dass weder das Übereinkommen noch das 1999 unterzeichnete Zusatzprotokoll bekannt sind - auch der genannte Bericht wurde der breiten Öffentlichkeit bis jetzt nicht zugänglich gemacht.

Einmischung und Druck sind der einzige Weg

Gedanken zur Lage der Frauen in Deutschland

Wenn wir uns die Jahre, die seit der Wiedervereinigung vergangen sind, ins Gedächtnis zurückrufen, müssen wir unumwunden feststellen, dass es für Frauen nicht leichter geworden ist, sondern eher das Gegenteil der Fall ist. Ich erinnere mich noch gut, welchen Elan und welchen Enthusiasmus wir an den Tag legten, als wir Frauen des Demokratischen Frauenbundes uns mit Vertreterinnen des Deutschen Frauenrates im Mai 1990 in Berlin trafen. Wir wollten den Wiedervereinigungsprozess aktiv mitgestalten und uns für die Gleichstellung von Frauen in Ost und West einsetzen. In einem Schreiben an alle Bundestags- und Volkskammerabgeordneten kritisierten wir die Vernachlässigung der frauenpolitischen Aspekte bei der Ausarbeitung des Vereinigungsvertrages und formulierten unsere Forderungen:

- Gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an allen Entscheidungen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess
- Schaffung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die echte Wahlfreiheit für Familie und/oder Beruf ermöglichen
- Recht auf qualifikationsgerechte Arbeit, um Frauen eine ökonomisch selbständige Existenz zu sichern
- Berücksichtigung der Leistung Kindererziehung im Rentenrecht der DDR und kein Verzicht zugunsten des Vorranges der Versorgung der Frau durch die Ehe
- Gewährleistung des Rechtes der Kinder und der Eltern auf ein flächendeckendes Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen und von bedarfsgerechter Ganztagsbetreuung

- Keine Verschlechterung der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch sowie Einsetzen eines deutsch-deutschen Gremiums zur Erarbeitung von Regelungen. Dies sollte mehrheitlich mit Frauen besetzt sein; Frauenverbände sollten auf breiter Basis einbezogen werden.

Heute müssen wir feststellen, dass wir zu große Illusionen hatten. Aber wir haben wohl daran geglaubt, dass Gleichheit und Freiheit die Grundgarantien der Demokratie sind und dass mit der neu gewonnenen Freiheit die Gleichheit einhergeht.

Es ist schon irgendwie eine paradoxe Situation. Auf dem Papier gibt es eine Unmenge gesetzlicher Regelungen: Zuerst allererst die im Grundgesetz formulierte Verpflichtung des Staates, die tatsächliche Gleichstellung durchzusetzen. Es existiert ein Gewaltschutzgesetz, ein Kinderrechteverbesserungsgesetz, ein Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften, ein Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung und die Gerichte, ein geändertes Bundeserziehungsgeldgesetz und und und... ***Was es bis heute nicht gibt, ist ein Zuwanderungsgesetz, das geschlechtsspezifische und nicht-staatliche Verfolgung explizit als Asylgrund anerkennt. Und wir haben kein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz.*** Auch die Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinien in nationales Recht ist längst überfällig.



Einmischung und Druck sind der einzige Weg

Gedanken zur Lage der Frauen in Deutschland

Es gibt ein dichtes Netz institutionalisierter Gleichstellungspolitik: Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen, an Universitäten, in Behörden und Ämtern, in Rundfunkanstalten und zahlreichen anderen Institutionen. Mit Statistiken, Studien und Frauenforschungsergebnissen könnte man mühelos eine mittelgroße Bibliothek füllen. Gerade erst ist eine 258-seitige Hochglanzbroschüre mit dem Titel „Frauen in Deutschland - von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik“ erschienen. Und nun haben wir auch noch die Strategie des Gender Mainstreaming, die sichern soll, dass neue Ungleichheiten gar nicht erst entstehen. Es wäre überwältigend wenn das, was alles auf dem Papier steht, auch konsequent in die Praxis umgesetzt würde. **Mein Vorschlag ist, Beraterverträge mit neuem Inhalt zu füllen: Bundeskanzler, Regierung und führende Parteipolitiker sollten sich beraten lassen, wie man geschlechtergerechte Reformen für eine zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft durchführen kann.**

Frauen haben ein Wort mitzureden: Sie stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes. Und obwohl das so ist, kann von der Hälfte der Macht, des Einflusses und der wirtschaftlichen Kraft für Frauen noch lange nicht die Rede sein. Frauen sind heute in Ost und West eine diskriminierte Mehrheit. Trotz formal garantierter Gleichberechtigung ist die Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor nicht Realität. Arbeitslosigkeit ist heute Massenarbeitslosigkeit und vor allem weiblich; Teilzeitarbeit und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse sind vor allem Frauensache, nämlich zu 90 Prozent; die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Frauen hat sich seit Anfang der neunziger Jahre um mehr als ein Drittel erhöht - jede vierte Alleinerziehende ist heute auf Sozialhilfe angewiesen. Die geschlechterspezifischen Unterschiede bei Löhnen werden immer größer, kostengünstige Kindereinrichtungen werden geschlossen (Übrigens steht Deutschland bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren an letzter Stelle in der Europäischen Union); die Chancengleichheit in Erziehung und Bildung für Mädchen und Jungen ist nicht gewährleistet.

Der raue Wind der vergangenen Jahre entwickelt sich mit erschreckender Geschwindigkeit immer mehr zum Sturm.

Frauen haben als erste die Zeche zu zahlen für den rigorosen Sparkurs der Bundesregierung. Die von allen Seiten hoch gelobten Vorschläge der Hartz-Kommission verschlechtern die Chancen von Frauen auf dem Ar-

beitsmarkt und die Möglichkeit einer eigenständigen existenzsichernden Tätigkeit.

Frauen werden in erschreckendem Maße zu den Stiefkindern des Arbeitsmarktes.

Warum ist das so? Die Gründe sind nicht einfach in den zweifellos notwendigen Reformen, sondern auch in den Köpfen der Reformer zu suchen. Sie gehen nach wie vor aus von einer traditionellen Arbeitsgesellschaft und dem überholten Leitbild des männlichen Familienoberhauptes, das die Familie ernährt, dessen Ehefrau sich um Kinder und Haushalt kümmert und vielleicht ein bisschen dazu verdient. Und die traditionelle Arbeitsgesellschaft ist auf dem Rückzug. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis ist die Ausnahme geworden. Im Sinne der Profiterzielung und -maximierung werden immer mehr Arbeitsplätze abgebaut. Und wo nicht genügend Arbeitsplätze da sind, nützen die besten Vermittlungsstrategien, verschärfte Zumutbarkeitskriterien und die Bestrafung von angeblich Arbeitsunwilligen nichts, um den Arbeitsmarkt zu beleben.

Dem massiven Druck von Frauen und ihren Verbänden ist es zu danken, dass aus den Papieren der Hartz-Kommission zumindest der Vorschlag, die zumeist männlichen „Haushaltsvorstände“ auf dem Arbeitsmarkt zu bevorzugen, verschwunden ist. Doch vieles von dem, was nun seit Beginn der Jahre 2003 und 2004 gilt, ist nicht gerade als frauenfördernd oder wenigstens frauenfreundlich zu bezeichnen. Lassen Sie mich einige Beispiele herausgreifen:

Bereits Anfang 2003 wurden die Sätze der Arbeitslosenhilfe faktisch gesenkt, die Vermögensfreibeträge um 60 Prozent gekürzt und die Anrechnung von Partnereinkommen verschärft. Diese Neuregelung hatte zur Folge, dass 40 Prozent der Frauen die Arbeitslosenhilfe verwehrt wurde. Das klassische Modell des Familienernährers mit einer von ihm finanziell abhängigen Ehefrau kommt wieder umfassend zum Tragen. Bereits zuvor erhielten nur 22 Prozent der arbeitslosen Frauen in den alten und nur 47,3 Prozent in den neuen Bundesländern Arbeitslosenhilfe. 85 Prozent von ihnen mussten sich mit weniger als 600 Euro und 20 Prozent mit weniger als 300 Euro begnügen.

Durch die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird die erhöhte Anrechnung des Partnereinkommens nochmals verschärft. Hier schlägt die generelle Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben doppelt durch: Sie verdienen im Durchschnitt ein Viertel weniger

Einmischung und Druck sind der einzige Weg

Gedanken zur Lage der Frauen in Deutschland

als Männer! Verliert eine Frau mit geringem Einkommen ihren Job, verliert sie auch ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II. Sie wird auch ausgeschlossen von Weiterbildung und Umschulung, die ihr neue Möglichkeiten eröffnen könnten. So wirkt der Staat nicht auf die Beseitigung bestehender Nachteile und die Schaffung von Bedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen hin, sondern reanimiert ein der Gleichstellung diametral entgegengesetztes Ernährermodell.

Nun bleiben Frauen noch Mini-Jobs, die zum einen kaum neue Arbeitsplätze schaffen und die Umwandlung von Vollzeit- und versicherungspflichtigen Teilzeitstellen begünstigen und zum anderen unsozial und frauenfeindlich sind, weil sie die Altersarmut der Betroffenen vorprogrammieren und Frauen in die Rolle der Hausfrau mit kleinem Zuverdienst drängen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch wenige Worte zu einem Problemkreis, der vor allem für uns Frauen in den ostdeutschen Bundesländern von eminenter Bedeutung ist - ich meine den geförderten Arbeitsmarkt. Für viele Frauen war eine Tätigkeit im Rahmen von ABM oder SAM seit der Wende häufig die einzige Möglichkeit, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen. **Mit der in diesem Jahr erfolgten radikalen Kürzung von ABM, dem Wegfall von SAM und der Reduzierung der Förderdauer wird die Beschäftigung von Frauen auf dem zweiten Arbeitsmarkt, vor allem in den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen ostdeutschen Bundesländern, faktisch zunichte gemacht.** Und das zu einem Zeitpunkt, da die Europäische Kommission in den 2002 vorgeschlagenen beschäftigungspolitischen Leitlinien die Mitgliedsstaaten der EU auffordert, im Rahmen von nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung konkrete Maßnahmen zur Förderung des sogenannten Dritten Systems, sprich des zweiten Arbeitsmarktes, zu ergreifen. Die Begründung der Kommission: Das Dritte System wendet sich normalerweise an die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Es ermöglicht Personen mit geringem Einkommen den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die ihre Lebensqualität verbessern und ihre einzige Chance darstellen, ihre beruflichen Perspektiven zu verbessern. Und das Dritte System fördert die soziale Integration und verhindert Ausgrenzung.

Im Moment scheint man hier in der Bundesrepublik von

diesen Erkenntnissen und Empfehlungen, die in anderen europäischen Ländern bereits durchgesetzt werden, weit entfernt zu sein.

Diese Beispiele sollen genügen. Es würde zu viel Zeit kosten, die negativen Auswirkungen der Agenda 2010 und der Reformvorhaben der Bundesregierung auf die Lage von Frauen aufzuzählen. Egal, welche Reform man hernimmt - ob die des Arbeitsmarktes, die der Steuern, die der Rente, die des Gesundheitswesens oder der Familienpolitik - sie sind kein Beitrag zur Durchsetzung von mehr Gleichstellung von Frau und Mann. **Was mich persönlich besonders wütend macht, ist dass dieser Staat es sich leisten kann, die Kompetenz und das Potential der am besten ausgebildeten Frauengeneration aller Zeiten einfach zu negieren und brach liegen zu lassen.**

Lassen Sie mich noch einmal auf den eingangs genannten fünften Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zurückkommen. Der Bericht wurde im CEDAW-Ausschuss der UNO am 21.1.2004 in New York vorgestellt. Zuvor hatten Vertreterinnen deutscher NGOs - KOK e.V., Terre des Femmes e.V. und Deutscher Frauenrat e.V. - dem Ausschuss einen von mehreren NGOs erarbeiteten Schattenbericht übergeben. Ausgehend von den Berichten, der Anhörung der deutschen Regierungsdelegation und den Ausführungen der NGOs arbeitete der Ausschuss in seinem Abschlussdokument sowohl positive Aspekte als auch deutliche Kritikpunkte heraus. Als positiv wurde u.a. das Bestehen des umfangreichen Netzwerkes institutionalisierter Gleichstellungspolitik, der gesetzlichen Grundlagen für Gleichstellung, der aktiven Rolle von NGOs, der Anwendung einer geschlechterspezifischen Betrachtungsweise in allen Entwicklungsprogrammen und die Beratung des Regierungsberichtes im Bundestag benannt.

Demgegenüber äußerte der Ausschuss seine Besorgnis u.a. in Bezug auf

- das Fortbestehen der stereotypen Rollenverteilung zwischen Frau und Mann und der einseitigen - häufig sexistischen - Darstellung der Frau in Medien und Werbung
- das Fehlen von umfassenden statistischen Angaben zu Gewalt gegen Frauen
- den hohen Anteil von Langzeitarbeitslosigkeit von Frauen

Einmischung und Druck sind der einzige Weg

Gedanken zur Lage der Frauen in Deutschland

- den Anstieg von Teilzeit-Jobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die fortdauernde Lohnungleichheit und die Diskrepanz zwischen Qualifikation der Frauen und ihrem Arbeitsplatz
- die ungenügende Bezugnahme auf CEDAW in der nationalen Gesetzgebung
- die zu erwartenden negativen Auswirkungen der Agenda 2010 auf Frauen
- die Situation von Migrantinnen und Angehörigen ethnischer Minderheiten, die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Rasse sowie aus ethnischen oder religiösen Gründen ausgesetzt sind
- die Ausbeutung von Prostituierten
- den ungenügenden Anteil von Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen und im Diplomatischen Dienst sowie in Wissenschaft und Forschung.

Der Ausschuss empfahl der Bundesregierung, bei der Erarbeitung des in vier Jahren vorzulegenden sechsten Berichtes noch enger mit NGOs zusammenzuarbeiten und sie in diesen Prozess stärker einzubeziehen. Des Weiteren wurde die Bundesregierung aufgefordert, nicht nur die abschließenden Bemerkungen des Ausschusses zu veröffentlichen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass CEDAW und das

Zusatzprotokoll sowie die Abschlussdokumente der Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 und auch der 23. Sondersitzung der UNO-Vollversammlung „Frauen 2000: Geschlechtergleichheit, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Mit anderen Worten: Der Handlungsbedarf ist groß, und es liegt jetzt an uns, von der Bundesregierung schnelles Handeln einzufordern.

Auch wenn viele von uns oft nahe daran sind, angesichts der gegenwärtigen Entwicklung zu resignieren, ist Einmischung und Druck der einzige Weg, um uns Gehör zu verschaffen. Die Stimmen für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland mehren sich. Es gibt auch für uns keinen Grund, im Ringen um gleiche Rechte und gleiche Chancen für Frauen nachzulassen. Wir haben einen Anspruch und ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft in allen sozialen Beziehungen, im Erwerbsleben und in der Politik. Über scheinbare Grenzen von Glauben, Tradition und Kultur hinweg sollten wir uns noch solidarischer zusammenschließen und nach den Worten der großen deutschen Schriftstellerin Ricarda Huch handeln: „Wer rückwärts sieht, gibt sich verloren; wer lebt und leben will, muss vorwärts sehen!“



Frage nicht den Frosch...

Frauenpolitische Strukturen aus Sicht der NGO's

Warum spreche ich als Gleichstellungsbeauftragte aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen? Immerhin gehören wir zur öffentlichen Verwaltung. Nichtregierungsorganisationen dagegen sind heterogene Gruppierungen, freiwillige Zusammenschlüsse einzelner Bürger und Bürgerinnen mit gleichen oder ähnlichen Interessen auf lokaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene. NGOs im engeren Sinne sind in ihrer Zielsetzung in aller Regel philanthropisch und nicht gewinnorientiert.

Als kommunale Gleichstellungsbeauftragte arbeite ich besonders eng mit den Nichtregierungsorganisationen zusammen. Übrigens: Vielen Vereinen und Verbänden ist es nicht bewusst, dass sie NGOs sind, bzw. so bezeichnet werden. Ihre Arbeit aber, gerade im ländlich geprägten Raum, hängt entscheidend von den Aktivitäten und Arbeitsmöglichkeiten kommunaler Gleichstellungsbeauftragter ab und ist eng mit ihnen verknüpft. Das durfte ich im Februar diesen Jahres auf eine besondere Art deutlich machen. Als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Neuruppin organisierte ich eine Ausstellung mit dem Titel: „Was macht die überhaupt?“

Den meisten von Ihnen ist sicher nicht entgangen, dass die gesetzlichen Regelungen zur Bestellung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Land Brandenburg nun fast die schlechtesten der Bundesrepublik sind. **Hatten die Kommunen früher hauptamtliche Gleichstellungsauftragte ab 10.000 Einwohnern und Einwohnerinnen zu bestellen, so tun sie es jetzt erst ab 30.000.** Das ist ein gravierender Rückschritt in der Gleichstellungspolitik!

Ich möchte Ihnen nun einige Passagen aus dieser Ausstellung vorstellen, die deutlich machen, wie eng meine Arbeit mit der von NGOs verknüpft ist:

Die Gleichstellungsbeauftragte gibt Hinweise, regt an, berichtet und berät, sie schlägt Lösungsansätze vor, ist sozusagen ein Kontrollorgan, macht Öffentlichkeitsarbeit (z.B. jährliche Frauenwochen), initiiert Projekte unterschiedlichster Art, macht Einzelfallberatung, unterstützt und berät Projektträger, macht auf Missstände aufmerksam.

Sie sollte zu sämtlichen Entwicklungsfragen der Kommune gehört werden. (GG Artikel 3 - Beseitigung bestehender



Petra Torjus, geboren 1954, ist gelernte Rinderzüchterin, Industriekauffrau und absolvierte ein Studium für den gehobenen Dienst. Seit 1990 ist sie Gleichstellungsbeauftragte von Neuruppin.

Sie ist verheiratet und hat eine Tochter.

Nachteile). Dazu sollte sie u.a. zu den Beratungen der Leitungsebene der Verwaltung hinzugezogen werden. Hier gibt es oft Diskrepanzen. Einerseits ist für viele Verwaltungsleitungen die Handhabung der Gesetze zur Gleichstellung nicht Handlungsmaxime, andererseits ist es für die Gleichstellungsbeauftragte rein praktisch nicht möglich, überall permanent anwesend zu sein, sie muss Prioritäten setzen. Die unterschiedliche Interpretation der Gesetzgebung ist ein weiteres Problem.

Bezüglich der Kommunalverfassung / Gemeindeordnung § 23, wird der Begriff „Soziale Sicherheit“ oft nur im Sinne der sozialarbeiterischen Handlungsfelder oder der Sozialhilfe gesehen. Fachlich beinhaltet er aber viel mehr, wie z.B. die soziale Infrastruktur der Stadt, Kindertagesstätten, Öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbeleuchtung usw.. Die Gleichstellungsbeauftragte ist also regelmäßig gefordert, sich zu vielen verschiedenen Themen / Entwicklungsfragen der Kommune ein Bild bezüglich der derzeitigen und zu erwartenden Situation und Auswirkungen für Frauen und Männer zu machen, sowie sich gesetzliches Grundwissen anzueignen. Rechtzeitige Beteiligung und Information sollten dementsprechend zum Grundprinzip der Verwaltungsspitze gehören.

Frage nicht den Frosch...

Frauenpolitische Strukturen aus Sicht der NGO's

Im Zusammenhang mit den vorgegebenen Lebensbereichen, in denen die Kommune sich für die Gleichstellung von Frau und Mann einzusetzen hat, wird wiederum deutlich, dass eine Gleichstellungsbeauftragte nicht gleichzeitig alle diese Aufgabenfelder abdecken kann.

Des Weiteren sind ihr keinerlei Sanktionsmöglichkeiten gegeben und in den meisten Kommunen sind auch die finanziellen Mittel, die ihr für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, so gering, dass zielgerichtete Projektarbeit kaum oder gar nicht möglich ist.

Aus dem Neuruppiner Stadthaushalt der Jahre 1994 bis 2003 sind 12.825,57 Euro für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten bezuschusst worden. Im gleichen Zeitraum hat die Haushaltsstelle etwa 22.000,00 Euro Einnahmen zu verzeichnen. Diese Summe beinhaltet u.a. die Leistungen des Landes Brandenburg zur Durchführung der Brandenburgischen Frauenwochen.

Für Dienstreisen, Aus- und Weiterbildung, Post- und Fernmeldegebühren wurden durch die Stadt in diesen zehn Jahren 7.670,98 Euro getragen / befürwortet.

Die Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Gruppen und Institutionen, z.B. den unterschiedlichsten Behörden, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und sonstigen Gruppierungen wie Selbsthilfegruppen etc. ist für die externe Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten eine der Möglichkeiten, den Blickwinkel zur Verbesserung der Gleichstellung von Frau und Mann zu verändern. In Neuruppin hat die Gleichstellungsbeauftragte dafür den Begriff der „positiven Kooperation“ geprägt.

Aus dieser Zusammenarbeit heraus wurden die kooperierenden Gruppierungen mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Neuruppin am 30. März 1998 zum „Beirat der Frauen“ (Frauenbeirat) benannt. Der Frauenbeirat berät, wie der Jugend- und der Seniorenbeirat, die Stadtverordnetenversammlung zu Fragen der Personengruppe.

Dem Frauenbeirat gehören Gruppierungen an, in denen mehr als die Hälfte der dort Tätigen Frauen sind oder deren Klientel überwiegend weiblich ist bzw. jene, für die Gleichstellungspolitik ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit darstellt.

Derzeit gehören zum Frauenbeirat der Fontanestadt Neuruppin:

- die Arbeitslosenserviceeinrichtung Neuruppin
- der Demokratische Frauenbund
- der Kreisverband des Deutschen Roten Kreuz Neuruppin
- das Brandenburgische Institut für Aus- und Weiterbildung
- die Evangelische Beratungsstelle der Initiative Jugendarbeitslosigkeit
- das Projekt „Einsetzen statt Aussetzen“
- die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung
- die Arbeitsgruppe „Projekte Mädchen Zukunft“
- die Landfrauen
- der Arbeitslosenverein OPR
- die DGB Arbeitsgruppe Frauen
- eine Stadtverordnete
- eine Frau der SPD-Ortsgruppe
- die Gleichstellungsbeauftragte
- außerdem gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der DB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin.

Die Gleichstellungsbeauftragte begleitet die Entwicklung von Projekten. Zu nennen sind z.B. das Mütterzentrum des Demokratischen Frauenbundes und der Verein „Kinder in Not“ mit der Kinderschutzstelle. Sie arbeitete intensiv mit dem Frauen- und Mädchenzentrum des Vereins „Neuruppiner Frauen für Frauen“ zusammen und engagierte sich für die Erhaltung der Kinderschutzstelle durch einen Trägerwechsel zum Verein „Frauen für Frauen“.

Im Laufe der Jahre fanden viele Veranstaltungen statt, die Frauen in der Kultur förderten, die den Mitarbeiterinnen von Projekten als Weiterbildung dienten, die aktuelle gesellschaftliche Themen in die Öffentlichkeit brachten, die Fernseh- und Rundfunkanstalten interessierten und Berichte über die Vorgänge sendeten. Eines der „Dauerthemen“ ist die Finanzierung des Neuruppiner Frauenhauses.

Als erste und einzige Kommune im Landkreis schloss die Stadt Neuruppin mit dem Verein „Neuruppiner Frauen für Frauen“ einen Vertrag zur Finanzierung des Frauenhauses, der insgesamt sechs Jahre bestand und wegen neuer Finanzierungsformen zum 1.1.2004 gegenstandslos wurde.

Es galt Alternativen zu entwickeln, da die pauschalisierte Mittelausgabe des Landes Brandenburg dem Neuruppiner Frauenhaus 1/3 der Mittel kürzt.

Nur durch diese enge Zusammenarbeit und dauerhaft ausgeübten politischen Druck sind die Strukturen der in Neuruppin ansässigen NGOs für das Land Brandenburg im Vergleich ähnlich großer Städte

Frage nicht den Frosch...

Frauenpolitische Strukturen aus Sicht der NGO's

noch als beispielhaft zu bezeichnen. Jedoch kann sich jede Frau und jeder Mann vorstellen, dass alle diese Aktivitäten auf keinen Fall durchführbar wären, wenn es keine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte geben würde und die Unterstützung der NGOs immer dermaßen miserabel gewesen wäre, wie sie heute ist. **Die Förderbedingungen der Agentur für Arbeit, des Landes Brandenburg und der Kommunen haben sich in den letzten Jahren derartig verschlechtert, dass viele Vereine und Verbände vor dem Ruin stehen.** Ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Gruppierungen können die Aufgaben von Mädchenzentren, Frauenzentren, Arbeitslosenzentren, Beratungsstellen usw. nicht ausfüllen oder gar ersetzen. Die gesetzliche Veränderung zur Pflicht der Bestellung hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter der Kommunen, geht einher mit dem Wegfall der Finanzierung des Landes Brandenburg für Frauen- und Mädchenzentren. Die Finanzierung der brandenburgischen Frauenhäuser wurde pauschalisiert und umfasst jetzt gleichzeitig die Aufgabenstellung nach dem Gewaltschutzgesetz. Vereine, die den größten Teil der sozialen Infrastruktur der Kommunen tragen und auf ABM-Stellen angewiesen sind, können unter den aktuellen Bedingungen kaum noch arbeiten. Dazu kommt, dass Förderbescheide oft verschleppt erteilt und

angekündigte Mittel nicht selten viel zu spät ausgezahlt werden. Und mit weiteren Verschlechterungen ist zu rechnen. Unter diesen Bedingungen gilt es darüber nachzudenken wie frauenpolitische Strukturen in Brandenburg aus Sicht von Nichtregierungsorganisationen zukünftig aussehen werden.

Es muss uns demnächst noch besser gelingen, die Organisationen, die schon heute ausschließlich ehrenamtlich arbeiten, wie die Landfrauen, die Frauenverbände einzelner Berufsgruppen, Frauen der Parteien, den Verband der Unternehmerinnen usw. mit ihren Netzwerken zu unterstützen, in die Netzwerke vor Ort einzubeziehen und als frauenpolitische Unterstützerinnen für die Vereine und Verbände zu gewinnen, die ihre Aufgaben nur mit Angestellten ausführen können.

Zum Schluss noch Folgendes. Ich erinnere mich gut daran, was einer der Herren, die die Geldtöpfe verwalten, zu mir sagte: Frage nicht den Frosch, wenn du seinen Teich trocken legen willst!

Das machte mir sehr deutlich: Nur wir Frauen können das Land Brandenburg wieder zum FrauenLand Brandenburg werden lassen.



Was seit den 90er Jahren blieb

NGO's über mädchen- und frauenpolitische Strukturen im Land Brandenburg

KuKMA - das bedeutet Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg. Seit 1993 wird dieses Projekt vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) gefördert und befindet sich in Trägerschaft einer Nichtregierungsorganisation (NGO), der Paritätischen Sozial- und Beratungszentrum gGmbH.

Unser Arbeitsauftrag ist nicht die unmittelbare Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen. Als Fach- und Dienstleistungseinrichtung unterstützen wir beispielsweise Mädchenprojekte, Einrichtungen von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe, Frauenzentren und Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte aber auch Mitarbeiterinnen aus Schulen, Arbeitsverwaltungen, der IHK, aus Vereinen und Verbänden.

Gleichzeitig arbeitet die KuKMA mit einem interessenpolitischen Mandat. Wir wollen in Brandenburg mithelfen, eine soziale Infrastruktur zu entwickeln, die die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen fördert und Benachteiligungen abbaut.

Wie steht es um die Förderung mädchenpolitischer Strukturen im Land Brandenburg?

Nach der politischen Wende hat sich in Brandenburg für Mädchen und junge Frauen viel bewegt. Einigen couragierten Frauen und insbesondere dem MASGF ist es zu verdanken, dass schnell ein Mindeststandard von mädchen- und frauenpolitischen Strukturen entstand. Das Ministerium initiierte und finanzierte beispielsweise die Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchenarbeit, Personal und Angebote für Mädchentreffs, Kurse, landesweite Mädchen-camps, aber auch Vernetzungsmöglichkeiten, Fortbildungsangebote oder die traditionellen Jahresabschluss-tagungen für die Mitarbeiterinnen. Dabei wurde Mädchenarbeit immer als Querschnittsaufgabe gesehen, so dass auch Vertreterinnen der Gewerkschaften, Industrie- und Handelskammer und viele andere einbezogen wurden. Damit war unser Bundesland beispielhaft für den Osten Deutschlands. Das für solche Aufgaben ebenfalls zuständige Fachministerium, das Ministerium für Jugend, Bildung und Sport (MBJS) engagierte sich nur verhalten. Ein einziges landes-



Ulrike Häfner, geb. 1968, ist Sozialarbeiterin und leitet seit 1999 das Projekt KuKMA. Sie ist Gründungsmitglied und Vorstandsfrau der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. Sie hat einen 15-jährigen Sohn.

weites Modellvorhaben zur Förderung von Angeboten geschlechtsdifferenzierter Jugendhilfe im Jahr 1999 lässt sich nennen.

Aber auch das MASGF hat heute bei weitem nicht mehr die gleichen Möglichkeiten wie damals. Von den mädchenpolitischen Ansätzen der 90er Jahre sind nur noch Rudimente übrig. **Etwa zwei Drittel der Mitte der 90er Jahren entwickelten Angebotsformen gibt es nicht mehr.** Es fehlt angeblich am nötigen Geld. Projekte mussten schließen. Es fehlt an qualifiziertem Personal, Fortbildungsmöglichkeiten und angemessenen Formen zur Vernetzung.

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz müssen die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen Berücksichtigung finden. Dem wird allenfalls noch in Ausnahmefällen Rechnung getragen. Heute ist es so, dass es nur noch regional vereinzelte Angebote für Mädchen und junge Frauen gibt. Und nur dort, wo sich Frauen so stark für Mädchenarbeit einsetzen, dass sonst politischer Schaden zu befürchten ist. **Mädchenarbeit wird bisher nur in Ausnahmen als Qualitätskriterium erkannt.** Damit wird Mädchenarbeit zur Dekoration, anstatt eine rechtlich verbürgte Querschnittsarbeit einzulösen.

Was seit den 90er Jahren blieb

NGO's über mädchen- und frauenpolitische Strukturen im Land Brandenburg

Einige Beispiel: Im Jugendklub in Brieselang gab es bisher spezielle Angebote und Hilfen für Mädchen, auch im Belziger Frauenzentrum und durch den Jugendring Luckenwalde. Diese Aufzählung ließe sich noch länger fortsetzen. Solche niederschweligen Möglichkeiten sind heute die Ausnahme. In Zeiten leerer Kassen wird bei solch scheinbarem „Luxus“ zuerst gespart. ***Gestrichen wird, wem die Lobby fehlt. Denn die Förderungen sind noch viel zu sehr abhängig von den persönlichen Meinungen und dem Wohlwollen örtlicher Entscheidungsträger.*** Damit gibt es keinerlei Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit, keine Planungssicherheit und schon gar keine Nachhaltigkeit.

Eine regionale Vernetzung mit verändernder Wirkung in die Jugendhilfe hinein ist nicht mehr möglich. Wer sollte dies unter derartigen Bedingungen auch tun können? Brandenburg hat sich damit nicht nur von seiner Führungsrolle verabschiedet; es rangiert heute ganz hinten.

Dabei müsste längst ein Umdenken einsetzen. Sowohl die verknappten Ressourcen, der demographische Wandel, die Pisaergebnisse und die gebotene Kooperation von Jugendhilfe und Schule zwingen zur Neuorientierung im Interesse unserer Zukunft, im Interesse von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und auch jungen Männern.

Das Ergebnis bisheriger Fehlentwicklungen ist gravierend: Der Strom jener, die gen Westen ziehen, reißt nicht ab. Und es verlassen mehr junge Frauen unser Bundesland, als neu hinzu kommen. In den Jahren 2000 bis 2002 lag die Abwanderungsrate von Frauen bereits bei 62,8 Prozent. Gerade die jungen mobilen und bestens für die beruflichen Anforderungen Gerüsteten gehen scharenweise fort. In den letzten fünf Jahren haben 4.700 der 15- bis unter 20jährigen Brandenburg verlassen. Von den 20- bis 25jährigen waren es 16.400. Die Tendenz setzt sich fort bei den Altersgruppen der 25- bis 30jährigen. ***Es sind die künftigen Mütter, die Brandenburg verlassen.*** Der Geburtenrückgang wird damit noch dramatischer werden. Bereits jetzt führte er dazu, dass Kinderbetreuungseinrichtungen abgebaut wurden und nun Schulen schließen. Künftig werden für die wenigen Kinder und Jugendlichen die Wege weiter und die Angebote - speziell für Mädchen - drastisch weniger und kaum mehr erreichbar.

Dazu kommt ein weiteres Problem: Finanzierungsmöglich-

keiten gibt es in aller Regel nur noch für die Bewältigung fremddefinierter Problemlagen und Krisen, ganz spezieller Bedürfnisse. Es gibt scheinbar Expertinnen und Experten für jedwedes Problem. Nur, die ganz normalen Alltagsthemen von Mädchen und Frauen finden sich darin kaum wieder. Wenn sie deshalb die herkömmlichen Angebote nicht nutzen, weil sie für sie nicht die richtigen sind, wird vor schnell geschlussfolgert, diese seien dann auch nicht mehr nötig, anstatt die eigene Qualität kritisch zu hinterfragen. Spezialistentum und die Abgrenzung von Ressorts, rigide Zuständigkeiten und Verantwortungslosigkeit erschweren gebotene Kooperationen und die Öffnung für Neues.

Wenn engagierte Fachfrauen Konzepte entwickeln und Förderanträge stellen, haben sie nur noch Aussicht auf Erfolg, wenn sich ihre Angebote an sogenannte „Betroffene“ wenden. Also Menschen mit Auffälligkeiten, einem besonderen Förderbedarf, Defiziten. Lebenslustige, bestens qualifizierte junge Frauen mit Träumen und Visionen, die auch Probleme haben, aber nicht nur, gehen dabei leer aus. Da scheint es, zumindest auf dem ersten Blick, am besten und naheliegendsten, den Ort zu verlassen, an dem sie sich nicht gewollt fühlen und an dem sowieso kaum existenzsichernde Perspektiven erkennbar sind.

Kinder- und Jugendhilfe vollführt einen akrobatisch anmutenden Balanceakt. Das Fehlen spezifischer Angebote führt dazu, dass sich Mädchen und junge Frauen immer weniger angesprochen fühlen. Es sei kein Bedarf vorhanden, heißt es. Solch eine Triviallogik ist verantwortungslos und meiner Ansicht nach sträflich. Dass ihr Fernbleiben eine Abstimmung mit den Füßen ist, wird schlicht ignoriert. Dabei ist seit 25 Jahren hinlänglich bekannt, dass unreflektierte und angeblich so geschlechtsneutrale Angebote Mädchen und junge Frauen verfehlen. Ändert sich dies nicht, tragen wohlmeinende Absichten vielmehr zur Diskriminierung bei.

Alarmieren sollte uns alle, dass, laut einer Untersuchung des Bundesministeriums für Familien, Soziales, Frauen und Jugendliche, sich Mädchen und junge Frauen in Not weniger an Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe wenden, sondern zunehmend an örtliche Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie Beratungsangebote von Frauenzentren und Frauenhäusern. Wenn sich Brandenburg auch diese künftig spart, können wir annehmen, dass es für Mädchen und junge Frauen kaum noch soziale Hilfen und Unterstützung gibt.

Was seit den 90er Jahren blieb

NGO's über mädchen- und frauenpolitische Strukturen im Land Brandenburg

Auch im Land Brandenburg gibt es ein Netzwerk/eine Landesarbeitsgemeinschaft (LAG), welche sich mit den Belangen von Mädchen und jungen Frauen befasst und bemüht ist, die raren Angebotsformen zur Förderung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit fachlich zu unterstützen. Die Akteurinnen leisten diese Arbeit ehrenamtlich. Eine formale und organisatorische oder gar finanzierte Unterstützungsstruktur gibt es dafür längst nicht mehr. Seit dem Sommer 2002 ist die LAG Mädchenpolitisches Netzwerk im Land Brandenburg wegen Mangels existenzieller Ressourcen nicht mehr arbeitsfähig (es fehlen: Kolleginnen, Fahrgehalt, Arbeitszeit etc.). Finanzpolitische Entscheidungen der Kommunen, Gemeinden, Kreise und des Landes ließen seither etwa 50 Prozent der bis Ende 2001 verbliebenen Mädchenprojekte und gleichstellungsfördernder Einrichtungen/Institutionen schwinden. Wissen, Erfahrungen, politische Gestaltungskraft nehmen Monat für Monat ab. Die desolate Situation verhindert verbindliche Vernetzung. So gibt es in dem Netzwerk z.B. keine Kandidatinnen für die Wahl neuer Sprecherinnen. Damit wird es künftig auch keine Ansprechpartnerinnen geben. Soweit zeitlich zu realisieren, nimmt also die KuKMA in Vertretung der LAG an Veranstaltungen teil. Sie sorgt für die nötige Transparenz untereinander und äußert sich zu fachpolitischen Sachverhalten - mit dem Hinweis auf die Unvollständigkeit wegen der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen. Wir nennen das Dilemma so oft wie möglich beim Namen. Ohne jemanden persönlich brüskieren zu wollen - die Kritik trifft hier in erster Linie die örtliche öffentliche Kinder- und Jugendhilfe, gleichwohl auch jene, die soziale Strukturpolitik parlamentarisch zu verantworten haben.

Vertreterinnen der gegenwärtig verbliebenen Mädchenprojekte haben sich bewusst dafür entschieden, die Landesarbeitsgemeinschaft nicht aufzulösen. Sie wollen die Tür offen halten. Für neue Initiativen, neue Projekte, neue Ideen. Dies zeugt von Verantwortungsbewusstsein und auch dem Hoffen auf Veränderungen.

Doch seien wir realistisch, ohne Geld wird dies kein feingesponnenes Netzwerk, sondern bleibt eine träge Eintagsfliege. Der gesellschaftliche, ökonomische und demographische Wandel stellt das Bundesland Brandenburg vor neue sozialpolitische Herausforderungen. Psycho-sozial und materiell belastende Lebensbedingungen und

die Sorge um künftige Lebensperspektiven wirken sich auf die Lebensgestaltung der jungen Menschen aus. Armut und Wohlstand definieren sich neu.

Neue Strategien sind erforderlich, um Lebensbedingungen zu schaffen, die heranwachsende Mädchen und Frauen zum Bleiben, zum Rückkehren oder zur Neuansiedlung einladen. Für Mädchenarbeit heißt dies, ihre spezifischen Situationen ernst zu nehmen und entsprechende Strukturen und Räume zu schaffen bzw. zu nutzen. Diese Freiräume sind doppelt zu denken: als reale Räume und als ideelle Räume. Bedingungen für die Möglichkeiten gleichberechtigter Teilhabe wie auch die Ausgestaltung der Räume ist sowohl eine gemeinsame politische Herausforderung als auch Aufgabe zukunftsorientierter Landespolitik.

Die NGOs und Praktikerinnen Brandenburgischer Mädchenarbeit erwarten ein klares politisches Bekenntnis ihrer Landesregierung zur Förderung von Mädchen und Frauen. Dafür müssen sowohl inhaltliche Positionen bezogen, aber auch neue und ungewöhnliche Finanzierungsmodelle erprobt werden.

Ein Vorschlag: ***Sämtliche Fachministerien stellen drei Prozent ihres Budgets für die Mädchenarbeit zur Verfügung*** und formulieren für die Verwendung dieser Mittel zeitlich terminierte und überprüfbare Ziele. Gleichzeitig muss die bestehende spärliche Strukturförderung für gleichstellungspolitische Aufgaben nicht nur erhalten bleiben, sondern flächendeckend, bedarfsgerecht und lokal konkretisiert ausgebaut werden.

Nur so hat FrauenLand Brandenburg eine Zukunft.

Margret Schlüter, Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg

Platz im Call-Center oder Ministerinnensessel?

Visionen für die Brandenburgische Frauenpolitik

Die Fähigkeiten des Orakels von Delphi gehen mir leider vollkommen ab und ich habe (hoffentlich) weder auf Sinestäuschungen beruhende Erscheinungen noch göttliche Offenbarungen (Visionen). Wie allerdings die brandenburgische Frauenpolitik – oder besser die brandenburgische Gleichstellungspolitik – aussehen sollte, um der Idee von Chancengleichheit ein kleines Stück näher zu kommen, davon habe ich sehr klare Vorstellungen. Mir reicht es nicht, einfach abzuwarten, bis sich die Kompetenz des weiblichen Geschlechts von allein durchsetzt. Auch wenn es uns der „Spiegel“ vom 17. Mai 2004 mit seiner Titelgeschichte glauben machen will:

„Schlaue Mädchen – dumme Jungs“.

Natürlich stimmt es: Mädchen sind sprachbegabter, besser im Lesen und Interpretieren von Texten, neugieriger, verbindlicher und beweglicher im Umgang mit anderen Menschen, einfach erfolgreicher in sozialen Belangen. Wozu also noch Quoten, Geschlechterk(r)ampf und Konkurrenz? Für unser Land, das sich von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft wandelt, scheint es ja ohnehin besiegelt zu sein: Die Kompetenz der Mädchen wird siegen.

Aber Vorsicht! *Genau diese Sozialkompetenz ist es, die uns Frauen in die "überkommenen" Verhaltensmuster treibt, die uns immer noch fast allein die Verantwortung für Kinder und Familie übernehmen und uns nach wie vor die schlechter bezahlten Dienstleistungsberufe wählen lässt. Die uns daran hindert, auch mal die Ellbogen zu benutzen und zu sagen: Hier bin ich. Ich kann auch eine Firma leiten oder Politik gestalten!*

Wenn es anders wäre, gäbe es in Brandenburg mehr als die rund zehn Prozent Frauen auf Chefsesseln, es gäbe mehr als drei Ministerinnen und junge und qualifizierte Frauen blieben hier und kehrten dem Land nicht scharenweise den Rücken. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten würde steigen und nicht zurückgehen.

Wir haben einiges erreicht für Frauen in den vergangenen hundert Jahren. Aber zufrieden bin ich damit noch lange nicht! Zwar können Frauen heute **auch** berufstätig sein. Das ist wichtig und deshalb darf es bei der Kinderbetreuung keine weiteren Abstriche geben - im Gegenteil, wir brau-



Margret Schlüter, geboren 1952, studierte Rechtswissenschaften, war unter anderem im Brandenburger Finanzministerium tätig und arbeitet als Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Frauen. Seit 2000 ist sie Landesgleichstellungsbeauftragte. Sie ist verheiratet.

chen mehr! Wir brauchen passgenauere Betreuungsangebote, damit Frauen und Männer trotz der immer flexibleren Arbeitszeiten Familien gründen können. Und das muss schnell gehen!

Mittlerweile sind die Probleme, die sich aus der demographischen Entwicklung ergeben, auch in den Köpfen von Männern angelangt. Deshalb bin ich zumindest in diesem Punkt zuversichtlich: Wir werden bald nicht mehr wegen unserer Erwerbsneigung beschimpft, sondern als Fachkräfte willkommen sein!

Das allein aber reicht nicht. Um wirklich Chancengleichheit herzustellen, müssen Frauen endlich auch die Chefetagen erobern. *Frauen werden zwar als Kundinnen und Wählerinnen wohlwollend hofiert. Wirtschaftlich und politisch sinnvoll wäre es, ihnen endlich zu ermöglichen, Politik selbst zu gestalten und zu vermitteln, Produkte selbst zu entwickeln und zu vermarkten sowie in Gremien über Unternehmens- und Verbandspolitik zu entscheiden.* Und das funktioniert offensichtlich weder mit Gleichstellungsgeboten im Grundgesetz und in Länder-Gesetzen, noch mit der Bestellung von

Platz im Call-Center oder Ministerinnensessel?

Visionen für die Brandenburgische Frauenpolitik

Gleichstellungsbeauftragten. Oft genug haben die nur eine Alibifunktion aber weder Entscheidungskompetenzen noch Mittel, um wirklich Verbesserungen zu erreichen.

Chancengleichheit für Frauen und Männer kann deshalb nur funktionieren, wenn wir die Verantwortung dafür auf mehr Schultern verteilen. Und in der Landesregierung muss jeder und jede seine/ihre Verantwortung erkennen, akzeptieren und wahrnehmen. So kann bei allem was Politik plant, anschiebt und verwirklicht Chancengleichheit immanenter Bestandteil des Agierens werden - nicht nur im Frauenministerium sondern in allen Ressorts. Genau das ist Gender Mainstreaming. Denn – machen wir uns doch nichts vor - die politischen Entscheidungen sind überwiegend nicht geschlechtsneutral, sondern betreffen Frauen

anders als Männer, wie man sehr anschaulich bei Fördermaßnahmen sieht. *Mit der Förderung von industriellen oder IT-Ansiedlungen entstehen Männerarbeitsplätze. Wird die Ansiedlung eines Call-Centers oder von touristischen Einrichtungen gefördert, profitieren eher Frauen.*

Genau das ist mein Wunsch für die nächste Legislaturperiode: Dass jeder Politiker und jede Politikerin in ihren Aufgabenbereichen Verantwortung für die Verwirklichung von Chancengleichheit übernimmt. So wird Brandenburg auch in Zukunft für Frauen attraktiv sein. Wenn das geschieht, können wir auch in Zukunft ganz leicht auf göttliche Offenbarungen verzichten.





für die Landesregierung AUFGABEN

Von einer zukunftsfähigen Landespolitik erwarten wir:

- die Entwicklung eines frauen- und familienpolitischen Leitbildes sowie der dazugehörigen handlungsstarken Strukturen innerhalb der Landesregierung als Maßstab für nachhaltiges politisches Handeln im Interesse Brandenburgs
- Aktivitäten und Konzepte zur Wirtschaftsentwicklung, die existenzsichernde Arbeitsplätze für Frauen, insbesondere auch im ländlichen Raum Brandenburgs, gewährleisten
- den Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Betreuungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte für Kinder und Jugendliche
- die institutionelle Förderung und strukturelle Verankerung von Angebotsformen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen
- die Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes bis zur letzten Konsequenz, Frauenhäuser müssen Pflichtaufgabe sein
- die konsequente Umsetzung des Prinzips Gender Mainstreaming und die Einführung von Gender Budgeting bei allen landespolitischen Entscheidungen
- die Wiedereinführung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen ab 10.000 EinwohnerInnen
- die Sicherung und den Ausbau der flächendeckenden Gesundheitsversorgung, die den Belangen von Frauen und Kindern gerecht wird
- die paritätische Besetzung von Führungspositionen und Entscheidungsgremien
- sicht- und hörbares Engagement bei der Thematisierung von frauen- und familienpolitischen Schwerpunkten zur Förderung einer stärkeren Repräsentanz dieser in den Medien

Bei der Umsetzung der Aufgaben unterstützt Sie gern:

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



14473 Potsdam · Heinrich-Mann-Allee 7
Fon: 0331-2803581 · Fax: 0331-240072
Mail: FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de



Aktionsmappe

zur Vorbereitung der 15. Brandenburgischen Frauenwoche

Der Beirat der Brandenburgischen Frauenwoche unter Federführung des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. hat für die 15. Brandenburgische Frauenwoche folgendes Motto festgelegt:

„junges Gemüse und altes Eisen“
Frauen im Wandel der Generationen

Nachfolgende Unterthemen wurden benannt:

- Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg
- Mädchen- und Frauenpolitik nach den Landtagswahlen
- Aktuelle Reformen und ihre Folgen für Mädchen und Frauen
- Gesundheit, Bildung und / oder Kultur
- Gender Mainstreaming

Die 15. Brandenburgische Frauenwoche findet in der Kernzeit vom 4. bis 13. März 2005 statt. Mit dem folgenden Beitrag wollen wir Anregungen zur Gestaltung und Durchführung möglicher Veranstaltungen und Aktionen, der Öffentlichkeitsarbeit sowie zum Auffinden von Quellen der Finanzierung geben.

1. Veranstaltungsplanung

Die nachstehende Aufreihung von Veranstaltungsformen und möglichen Themen ist auch das Ergebnis der Erfahrungen der letzten Jahre. Den Kombinationsmöglichkeiten sind dabei keine Grenzen gesetzt. Immer gilt: Aktionen und Veranstaltungen müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen, zum Ziel, zur Zielgruppe und zur Zeitplanung passen.

1.1. Themen:

- *Arbeit:*

Arbeitsmarktpolitik
Auswirkungen von Hartz IV
Wege in die Selbständigkeit
Frauen in Wissenschaft und Technik
Wege ins Berufsleben

- *Bildung*

Schule
Außerschulische Bildung
Fort- und Weiterbildung
Generationsübergreifendes Lernen

- *Gesundheit:*

Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen
Frauen und Gesundheit
Naturheilverfahren
„Schön“ schwanger
Frauen sind anders krank als Männer
Ernährung
Essstörungen
Gewaltschutz

- *Lebenskultur:*

Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Geschlechtsspezifische Sozialisation
Geschlechter(un)typisches Rollenverhalten
in jedem Lebensalter
Frau in der Sprache
Lebensplanung
Lebenskultur „starker“ Frauen
Kulturelle Integration
Lebenssituation behinderter Frauen
Kreatives Schreiben
FrauenAlltag
Selbsthilfegruppen
Träume / Inspirationen / Illusionen
Generationstreffen
Nachhaltiger Konsum
Geschlechtsspezifisches Konsumverhalten
Begegnung mit Asylbewerberinnen, Aussiedlerinnen und ausländischen Mitbürgerinnen

- *Frauen in der Politik*

Historische Entwicklung der Frauenbewegung
Gespräche mit Europa-, Bundestags-,
Landtagsabgeordneten u.a.
Politikerinnen
Gender Mainstreaming in Theorie und Praxis
Gender Budgeting
Frauen und Religion
EU-Erweiterung
Europäische Verfassung

1.2. Aktionen und Veranstaltungsformen:

- Workshops
- Diskussions- und Gesprächsrunden

Aktionsmappe

zur Vorbereitung der 15. Brandenburgischen Frauenwoche

- Vorträge
- Foyergespräche
- Fachtagung / Konferenz
- Podiumsdiskussion
- Veranstaltungsreihe
- Ausstellungen von Künstlerinnen (aus der Region)
Foto, Malerei, Graphik
- Kabarett
- Film
- Theateraufführungen / Schauspielereien
- Konzerte / musikalische Aufführungen
- Lesungen und Gespräche mit Autorinnen
- Straßenperformances
- Tag der offenen Tür
- Informationsstand
- Frauenspezifische Fortbildungsveranstaltungen
- Aktionen mit bekannten Persönlichkeiten
- Frauenpolitischer Stammtisch
- Exkursionen
- Frauenfrühstück / Brunch / Stehbuffet

2. Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Gestaltung und Durchführung der Brandenburgischen Frauenwoche kommt der Presse- und Medienarbeit wie bei allen Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen besondere Bedeutung zu.

Einige Bausteine seien hier nochmals genannt:

- Erstellen eines Pressverteilers entsprechend dem Anlass mit lokalen, regionalen, landesweiten Printmedien (Tagess- und Wochenzeitungen, Anzeigenblätter, Frauenpresse); elektronischen Medien (ortsansässigen privaten und öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Hörfunkredaktionen)
- Verfassen von Pressemeldungen und -berichten
- Durchführung von Pressekonferenzen
- Pressegespräche
- Erstellung von Presse- und Infomappen
- Telefonaktionen mit Zeitung, Rundfunk und Fernsehen
- LeserInnenbriefe
- Erstellen eines Pressespiegels

Zur Gestaltung von Informationsmaterialien können verschiedenste Formen genutzt werden:

- Plakate
- Handzettel und Flugblätter

- Postkarten
- Faltblätter
- Broschüren
- Weitere PR-Instrumente wie Aufkleber, Bilderwand, Button, Faxaktion, Infostand, Einladung, Luftballon, Preisausschreiben, Transparent u.a.

3. Finanzierung

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen hat auch für das kommende Haushaltsjahr 2005 signalisiert, finanzielle Zuwendungen zur Gestaltung und Durchführung der 15. Brandenburgische Frauenwoche zu gewähren. Grundlage für die Antragstellung sind die Förderinformationen des Landesamtes für Soziales und Versorgung.

Auf mögliche weitere Quellen der Geldbeschaffung zur Gestaltung der Brandenburgischen Frauenwoche sei hier noch einmal hingewiesen.

1. öffentliche Quellen

- Land, Kreis, Kommune
- Öffentliche und politische Stiftungen
- Bußgelder

2. private Quellen

- Mitglieds- und Förderbeiträge, Spenden, Schenkungen

3. Verkauf / Austausch von Dienstleistungen

- (Vorträge u.ä.),
Verkauf von eigenen Produkten,
Benefizveranstaltungen, Sponsoring, etc.

Für die Vorbereitung und Durchführung der 15. Brandenburgischen Frauenwoche wünschen wir allen Initiatorinnen, Multiplikatorinnen und Veranstalterinnen kreative Ideen, tatkräftige KooperationspartnerInnen und UnterstützerInnen sowie zahlreiche Besucherinnen, die zum erfolgreichen Verlauf beitragen.

Hinweis:

Zu vielen der o.g. frauenpolitischen Themenbereiche sowie zu den Bausteinen und der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zum Thema Sponsoring steht in der Frauenbibliothek der Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. umfangreiches Informationsmaterial zur kostenfreien Ausleihe zur Verfügung.

Kontaktadressen

KREISFREIE STÄDTE

Brandenburg an der Havel

Ingrid Schönwälder
Neuendorfer Straße 90
14776 Brandenburg a. d. Havel

Cottbus

Sabine Hiekel
Neumarkt 5
03046 Cottbus

Frankfurt (Oder)

Sabine Stuchlick
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)

Potsdam

Büro für Gleichstellung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14461 Potsdam

LANDKREIS BARNIM

Landkreis Barnim

Marion Hildebrand
Heegermühler Straße 75
16225 Eberswalde

Eberswalde

Ina Wermuth
Breite Straße 42
16225 Eberswalde

LANDKREIS DAHME-SPREEWALD

Landkreis Dahme-Spreewald

Elke Voigt
Reutergasse 12
15907 Lübben

Königs Wusterhausen

Petra Gröhnke
Karl-Marx-Straße 23
15711 Königs Wusterhausen

LANDKREIS ELBE-ELSTER

Landkreis Elbe-Elster

Monika Löppen
Ludwig-Jahn-Straße 2
04916 Herzberg

Doberlug-Kirchhain

Gabriele Bielawny
Am Markt 8
03253 Doberlug-Kirchhain

Finsterwalde

Kerstin Conrad
Schloßstraße 7/8
03238 Finsterwalde

LANDKREIS HAVELLAND

Landkreis Havelland

Gabriele Steidl
Platz der Freiheit 1
14712 Rathenow

Falkensee

Edeltraut Funke
Falkenhagener Straße 43/49
14612 Falkensee

LANDKREIS MÄRKISCH-ODERLAND

Landkreis Märkisch-Oderland

Marianne Huhn
Puschkinplatz 12
15306 Seelow

Neuenhagen b. Berlin

Marion Wende
Am Rathaus 1
15366 Neuenhagen

Seelow

Petra Stadler
Küstriner Straße 61
15306 Seelow

Kontaktadressen

LANDKREIS OBERHAVEL

Landkreis Oberhavel

Christina Höhne
Poststraße 1
16515 Oranienburg

Oranienburg

Heidrun Szczepanski
Schloss
PF 100143
16501 Oranienburg

LANDKREIS OBERSPREEWALD-LAUSITZ

Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Gisa Grundmann
Dubinaweg 1
01968 Senftenberg

Lübbenau

Elisabeth Jente
Kirchplatz 1
03222 Lübbenau/Spreewald

Senftenberg

Monika Auer
Markt 1
01968 Senftenberg

LANDKREIS ODER-SPREE

Landkreis Oder-Spree

Elisabeth Alter
Breitscheidstraße 7
15848 Beeskow

Eisenhüttenstadt

Michaela Hänsel
Zentraler Platz 1
15890 Eisenhüttenstadt

Fürstenwalde

Sabine Wehrich
Am Markt 4 - 6
15517 Fürstenwalde

LANDKREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Marlies Grunst
Virchowstraße 14 - 16
16816 Neuruppin

Neuruppin

Petra Torjus
Karl-Liebknecht-Straße 33/34
16816 Neuruppin

LANDKREIS POTSDAM-MITTELMARK

Landkreis Potsdam-Mittelmark

Ines-Angelika Lübbe
Niemöllerstraße 1
14806 Belzig

Teltow

Regine Rothhaupt
Potsdamer Straße 47/49
14513 Teltow

LANDKREIS PRIGNITZ

Landkreis Prignitz

Bärbel Schmidt
Berliner Straße 49
19348 Perleberg

Perleberg

Renate Röder
Großer Markt
19348 Perleberg

Wittenberge

Monika Hensel
August-Bebel-Straße 10
19322 Wittenberge

LANDKREIS SPREE-NEISSE

Landkreis Spree-Neiße

Marion Urban
Heinrich-Heine-Straße 1
03149 Forst

Guben

Regina Bellack
Uferstraße 22 - 26
03172 Guben

Spremberg

Christina Bieder
Am Markt 1
03130 Spremberg

LANDKREIS TELTOW-FLÄMING

Landkreis Teltow-Fläming

Monika Kollert
Am Nuthefließ 2
14943 Luckenwalde

Blankenfelde-Mahlow

Heike Richter
Zossener Damm 1b
15827 Blankenfelde

Luckenwalde

Isa Arlt
Markt 10
14943 Luckenwalde

Ludwigsfelde

Marina Ujlaki
Rathausstraße 3
14974 Ludwigsfelde

Zossen

Britta Büchner
Marktplatz 20/21
15806 Zossen

LANDKREIS UCKERMARK

Landkreis Uckermark

Angelika Schley
Karl-Marx-Straße 1
14291 Prenzlau

Prenzlau

Gabriele Frey
Am Steintor 4
17291 Prenzlau

Schwedt

Heike Voigt
Lindenallee 25-29
16303 Schwedt / Oder

www.frauenrat-brandenburg.de

Unsere Internetseite informiert immer aktuell!



Kontakt

- KONTAKT
- WER WIR SIND
- VERNETZUNG REGIONAL
- VERNETZUNG ÜBERREGIONAL
- PROFUND Projekt Fundraising
- PUBLIKATIONEN
- AKTUELL
- TERMINE

Fon 0331 / 280 35 81 · Fax 0331 / 24 00 72
FrauPolRat@t-online.de
Heinrich-Mann-Allee 7 · 14473 Potsdam

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

Spendenkonto 350 201 3917 · BLZ 160 500 00
Mittelbrandenburgische Sparkasse



Webdesign: ARNE
Fon 033607/5 99 II



Vernetzung überregional

Deutscher Frauenrat

www.frauenrat.de

Der Deutsche Frauenrat ist die Bundesvereinigung von 52 Frauenverbänden und -organisationen mit rund 11 Mio. Einzelmitgliedern. Als Dachverband vertritt er die Interessen der Frauen auf bundespolitischer Ebene.

Unsere Mitglieder kommen aus den unterschiedlichsten Zusammenschlüssen, von konfessionellen und berufsorientierten Verbänden über Frauengruppen der politischen Parteien, den Gewerkschaften und des deutschen Sportbundes bis hin zu überkonfessionell und überparteilich arbeitenden Organisationen.

Simrockstraße 5 · 53113 Bonn
Fon 02 28/ 949 19-0 · Fax 949 19-44
kontakt@frauenrat.de

- KONTAKT
- WER WIR SIND
- VERNETZUNG REGIONAL
- VERNETZUNG ÜBERREGIONAL
- PROFUND Projekt Fundraising
- PUBLIKATIONEN
- AKTUELL
- TERMINE



Verbandsstrukturen des FPR Land Brandenburg

Zusammenschluss von Frauenverbänden, -organisationen, -verbänden sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

SPRECHERINNENRAT

GESCHÄFTSFÜHRERIN

MITGLIEDSORGANISATIONEN

Arbeitsgemeinschaft LISA bei der PDS (*1992)
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Land Brandenburg (*1992)
Arbeitslosenverband Deutschland Land Brandenburg e.V., AG Frauenerwerbslosigkeit (*1992)
Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierärzthelferinnen e.V. Landesverband Brandenburg (1994)
Brandenburger Landfrauenverband e.V. (*1992)
Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Brandenburg, LAG Frauenpolitik (*1992)
Cometa e.V. (*1992)
Demokratischer Frauenbund e.V. (dfb), Landesverband Brandenburg (*1992)
Deutscher Beamtenbund, Frauenvertretung Brandenburg (*1992)
Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V., Orts- und Landesverband Berlin (*1992)
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Landesverband Brandenburg, Landesfrauenausschuss (1998)
Deutscher Juristinnenbund, Landesgruppe Brandenburg (2000)
Evangelische Frauen- & Familienarbeit Berlin-Brandenburg (*1992)
Frauen-Union (FU) der CDU, Brandenburg (*1992)
GEDOK - Gemeinschaft der Künstlerinnen & Kunstfreunde e.V. (1995)
Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren, Land Brandenburg (1996)
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten (2001)
Liberale Frauen bei der FDP, Landesverband Brandenburg (*1994)
Netz der Regionalstellen Frauen und Arbeitsmarkt im Land Brandenburg (1999)
Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (1997)
SHIA e.V. Selbsthilfegruppen Alleinerziehender, Landesverband Brandenburg (*1992)
Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes Landesverband Brandenburg (dfb) (2000)
Undine e.V. - unabhängige Frauenberufsinitiative (2001)
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Brandenburg e.V. (VAMV) (1993)

MITGLIEDSVERBÄNDE,

die auf Grund von Auflösung oder Austritt ausgeschieden sind

Neues Forum (*1992 - 1996)
Europäisches Frauenkulturzentrum (*1992 - 1996)
Unabhängiger Frauenverband (UFV) (*1992 - 1996)
Frauenzentrum Guben e.V. (*1992 - 1996)
Deutscher Hausfrauenbund (1996 - 2000)
FrauenGesundheitsZentrum „Ringelblume“ e.V. (1997 - 2000,)
Autonomes Frauenzentrum Potsdam (*1992 - 2000)

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81
Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion:
Rosemarie Mieder, Gislinde Schwarz

Fotos:
privat

Layout:
ArneDesign - Ines Arnemann

Druck:
Chromik Offsetdruckerei, Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss:
1.8.2004

Mit freundlicher Unterstützung und Förderung durch
den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg,
das Ministerium für Arbeit,
vertreten durch das LASV Cottbus

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**

